

Ratsmitglieder FDP

Rittel, Jürgen	FDP
----------------	-----

Ratsmitglieder fraktionslos

Gumprich, Dieter	fraktionslos
Wottrich, Sven	fraktionslos

Es fehlten entschuldigt:Ratsmitglieder SPD

Schramm, Markus	SPD
-----------------	-----

Ratsmitglieder FDP

Körbel, Emmi	FDP
--------------	-----

Ratsmitglieder fraktionslos

Türkmen, Mehmet	fraktionslos
-----------------	--------------

Ratsmitglieder GRÜNE

Kirkes, Christel	GRÜNE
------------------	-------

Verwaltung:

Garn, Thomas
Müller, Volker
Schorde, Susanne
Woywod, Simon

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Die SPD-Fraktion reicht einen weiteren Antrag gem. § 11 Abs. 2 Geschäftsordnung des Rates ein.

In diesem Antrag wünscht die SPD-Fraktion eine heutige Aussprache über die Entscheidung des BPU, mögliche Wohnbauflächen aus dem Vorentwurf des Flächennutzungsplanes (FNP) bereits vor der Öffentlichkeitsbeteiligung herauszunehmen. Der Rat möge die Entscheidung über diese Fragen an sich ziehen.

Bürgermeister Meisenberg bittet um Begründung der äußersten Dringlichkeit des Antrages.

RM Kramer möchte eine Sondersitzung aufgrund der Sitzungspause (Ferien) vermeiden und möchte heute eine Entscheidung herbeiführen. Der Rat möge entscheiden, die im Vorentwurf des FNP bereits entnommenen Flächen wieder in

den Vorentwurf des FNP aufzunehmen, damit eine Öffentlichkeitsbeteiligung auch über diese Flächen erfolgen kann.

Der Rat diskutiert kurz über die Notwendigkeit bzw. Dringlichkeit. Im weiteren Verfahren des FNP können die Flächen jederzeit wieder in den Entwurf aufgenommen werden.

Die Aufnahme dieses Antrages in die Tagesordnung wird mit 12 Nein-Stimmen, 8 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Weitere Einwendungen und Änderungswünsche zur Tagesordnung stellen sich nicht.

Öffentliche Sitzung:

1	Einwohnerfragen gem. § 20 der Geschäftsordnung	
----------	-------------------------------------------------------	--

Einwohnerfragen stellen sich nicht.

2	Einwohneranregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW zum Thema "Klimanotstand"	Drucksache Nr. BV/070/19
----------	----------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg begrüßt Frau Radermacher aus Marienheide, welche die Einwohneranregung im Rathaus übergeben hat.

Des Weiteren spricht er den weiteren gemeinsamen Antrag der CDU- und FDP-Fraktion vom 26.06.2019 an.

Er erteilt zunächst Frau Radermacher das Wort.

Frau Lilja Radermacher stellt nochmals dar, dass die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen bei weitem nicht ausreichen und dringend, auch in Marienheide, gehandelt werden muss. Klimaschutz fängt im Kleinen an.

Anhand von Beispielen wie z. B. weniger Fleisch zu essen, neue Radwege auszubauen, Umsetzen eines attraktiveren und günstigeren Nahverkehrs verdeutlicht sie, dass man dringend handeln muss, um den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Chance zu ermöglichen.

Die Fraktionen geben im Anschluss ihr Meinungsbild ab.

RM Jaeger begründet den gemeinsamen Antrag der CDU- und FDP-Fraktion damit, dass man sich intensiv mit der Einwohneranregung auseinandergesetzt habe, aber viele Punkte der Anregung für Marienheide nicht ganz zutreffen und die Begrifflichkeit des „Notstandes“ für ihn ein Problem sei. Man habe sich Gedanken gemacht, um in Marienheide aktiv mitzuwirken u.a. mit einer Gründung eines Beirates (Punkt 7), welcher sich für eine klimagerechte Gemeindeentwicklung einsetzen solle.

Seine Fraktion werde daher die Einwohneranregung in der vorliegenden Form ablehnen.

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie UWG sprechen sich für eine Unterstützung der Einwohneranregung aus.

Der Rat diskutiert lange über das Thema „Klimaschutz“ und über unterschiedlichste Befürchtungen, wie z.B. Volksfeste und Feuerwerke könnten nicht mehr stattfinden, jede Bodenversiegelung sei klimaschädlich sei usw..

RM Meckel stellt sodann, damit ein Ende der Aussprache erfolge, den Antrag zur Geschäftsordnung, auf sofortige Abstimmung.

Bürgermeister Meisenberg lässt zunächst über die Einwohneranregung abstimmen, welche mit **14 Nein-Stimmen und 9 Ja-Stimmen** abgelehnt wird.

Im Anschluss über den gemeinsamen Antrag von CDU- und FDP-Fraktion, welcher mit **15 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen** mehrheitlich beschlossen wird.

3	Anträge	
----------	----------------	--

3.1	Antrag der FDP-Fraktion vom 22.06.2019; Einladung der Gesamtschüler in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zwecks Vorstellung zum Thema "Klimaschutz in Marienheide"	Drucksache Nr. AT/078/19
------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

Der Rat diskutiert kurz über den vorliegenden Antrag. Unter Berücksichtigung der Beratung unter TOP 2 kommt man zu dem Schluss, dass man die Schüler in dem zukünftigen neuen Beirat integrieren möchte und ggfs. Schülergruppen in den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss einladen möchte.

RM Rittel zieht daher den vorliegenden FDP-Antrag zurück.

3.2	Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 08.06.2019; Einbeziehung des Franz-Dohrmann-Hauses in die Gesamtplanung des ISEK	Drucksache Nr. AT/067/19
------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

3.3	Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 08.06.2019; 1. Raumdefizite der Gesamtschule Marienheide umfänglich, das heißt über den im ABSS zugebilligten Raumbedarf von nur 498 qm netto hinaus, anzuerkennen, 2. entsprechend der Vorgaben der Bezirksregierung und des Ministeriums die stärkere Einbindung des Teilprojektes in das Quartier als Voraussetzung für die Förderung zu veranlassen,	Drucksache Nr. AT/068/19
------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

	3. alle möglichen Fördergelder zu akquirieren, um die in ISEK eingestellte Summe für die Gestaltung der Schule und des Geländes zu erreichen	
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Die Anträge zu den TOP's 3.2. und 3.3. werden gemeinsam beraten.

Bürgermeister Meisenberg erläutert kurz, dass das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) bereits am 15.02.2019 beschlossen worden sei, in dem auch die Förderfähigkeit des Franz-Dohrmann-Hauses sowie der Raumbedarf an der Gesamtschule berücksichtigt worden sei. Am 29.02. sei dieses Konzept dem Fördergeber übergeben worden. Dieses beinhaltet selbstverständlich noch keine genauen Zahlen, da es zu diesem Zeitpunkt weder ein spezifisches Konzept für den Raumbedarf an der Schule sowie für das Franz-Dohrmann-Haus gab. Anfang Juli wird eine Entscheidung über das ISEK erwartet.

Beide vorliegenden Anträge sind aus seiner Sicht Bestätigungen des Beschlusses vom 15.02.2019.

RM Jaeger betrachtet den Antrag zu 3.2. ebenfalls als beschlossen, sieht den Antrag zu 3.3. allerdings als umfangreicher. Es gäbe zwei Möglichkeiten, entweder plane man Gelder in den künftigen Haushalt ein und kann Maßnahmen schnell umsetzen, oder, man hofft auf eine positive Entscheidung im ISEK Verfahren, was allerdings dauern könnte.

Bürgermeister Meisenberg bestätigt die Erläuterung von RM Jaeger, dass bei einer Einbindung in das ISEK evtl. eine schnelle Realisierung der geplanten Maßnahmen verhindert sei, aber, er erachtet es als sinnvoll, weil mehr Gelder requiriert werden könnten und somit weitreichendere Maßnahmen umsetzbar seien.

Sein Vorschlag: Antrag 3.3 zu Punkt 1 sei bereits beschlossen, somit überflüssig
Antrag 3.3. zu Punkt 2 bis 3 könnte man als wiederholten Beschluss zum ISEK fassen

RM Kramer tut sich mit einer heutigen Entscheidung schwer und würde gerne vertagen.

RM Jaeger schlägt vor, den Antrag in den Fachausschuss zu verweisen, da nach der Geschäftsordnung des Rates der ABSS zuständig sei.

RM Rittel stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf sofortige Abstimmung.

RM Zander-Wörner zieht Punkt 1 des Antrages zu 3.3. zurück und bittet um Abstimmung zu den Punkten 2 und 3.

Herr Meisenberg lässt zunächst über den **Antrag 3.2.** abstimmen:

Antrag 3.2. wird mit 12 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Herrn Meisenberg lässt sodann über den **Antrag 3.3.** zu den Punkten 2 und 3 abstimmen:

Antrag 3.3. wird ebenfalls mit 12 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

3.4	Antrag der FDP-Fraktion vom 19.06.2019, Maßnahmen gegen die Verschmutzung im Bereich Busbahnhof	Drucksache Nr. AT/077/19
------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

Die Verwaltung schlägt vor, den vorliegenden Antrag an den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss zu verweisen.

Der Rat erklärt sich mit dieser Verweisung einverstanden.

3.5	Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, FDP/FWO/DU und Bündnis 90/Die Grünen vom 15.03.2019; Veranstaltungsräume für BDS-Bewegung	Drucksache Nr. BV/069/19
------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg erläutert kurz den Kreistagsbeschluss.

RM Schellberg stimmt grundsätzlich den Zielen der BDS-Bewegung zu, ist allerdings mit der Umsetzung und dem Auftreten der Bewegung nicht einverstanden.

RM Maurer nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, zwei Enthaltungen
<p>1. Die Gemeinde Marienheide stellt keinerlei Räumlichkeiten oder Flächen für Vereine, Organisationen oder auch Einzelpersonen zur Verfügung, die mit ihren Aktivitäten die antisemitische BDS-Bewegung unterstützen.</p> <p>2. Die Gemeinde Marienheide appelliert an Vermieter von Veranstaltungsräumen im Gemeindegebiet, keinerlei Räumlichkeiten für Vereine, Organisationen oder auch Einzelpersonen zur Verfügung zu stellen bzw. zu vermieten, die mit ihren Aktivitäten die antisemitische BDS-Bewegung unterstützen.</p> <p>3. Die Gemeinde Marienheide leistet keinerlei Zuwendungen oder Zuschüsse an Vereine, Organisationen oder andere Gruppierungen, die mit ihren Aktivitäten die antisemitische BDS-Bewegung unterstützen.</p> <p>4. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, alle für die unter 1. Bis 3. genannten Zielsetzungen erforderlichen Maßnahmen umzusetzen.</p>	

3.6	Antrag der SPD-Fraktion vom 15.06.2019, Erweiterung der Ausschussbesetzung im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss	Drucksache Nr. AT/072/19
------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

RM Abstoß beantragt für die UWG-Fraktion eine weitere Umbesetzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales.

Er wünscht die Vertreter wie folgt neu- bzw. umzubesetzen.

1. Schala-Thormann, Birgit
2. Kolfenbach, Holger

Der Rat erklärt sich mit einer Erweiterung der heutigen Ausschussbesetzung einverstanden.

Unter Berücksichtigung der bisherigen Ausschussbesetzung ergibt sich folgende Änderung:

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen, in den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss das SPD-Ratsmitglied Günter Berges als weiteres stellvertretendes Mitglied zu berufen.</p> <p>Es wird beschlossen, in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales eine neue Vertreterregelung für die UWG-Fraktion wie folgt aufzustellen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Schala-Thormann, Birgit 2. Kolfenbach, Holger 3. Sarlak, Mevlüt 	

4	Finanzzwischenbericht	
----------	------------------------------	--

Herr Woywod berichtet zunächst von der Gewerbesteuerentwicklung, welche für 2019 bisher positiv sei und mit einem Plus von ca. 1,050 Mio. Euro abschließt. Sie sei nicht mehr ganz so überragend wie zu Beginn des Jahres, aber immer noch sehr gut.

Der Gewerbesteuerentwicklung steht ein Teilabgang eines großen Gewerbesteuerzahlers in den nächsten 1-2 Jahren bevor.

Fraglich ist noch, wann und in welcher Höhe uns die Auswirkungen treffen werden.

Ansätze der Gewerbesteuer für 2020 und Folgejahre sind somit schwer zu kalkulieren.

Bei den Schlüsselzuweisungen waren die Quartale III und IV in 2018 gut, aber nicht herausragend. Das erste Quartal 2019 war herausragend gut. Das Quartal II 2019 war rückläufig. Die Schlüsselzuweisungen 2020 werden gegenüber der bisherigen Planung um ca. 500.000 € zurückgehen.

Kurz gesagt: Die Auswirkungen werden wir im Haushalt 2020 deutlich spüren.

Zum Haushalt 2020 sind bislang leider keine Eckdaten bekannt. Weder Orientierungsdaten noch GFG Prognosen liegen vor.

Zum Zinsrisiko führt er aus, dass es abzuwarten bleibt, ob und was die Landesregierung bezüglich eines möglichen Altschuldenfonds oder einer Zinssicherung unternimmt. Vorschläge werden gegenwärtig diskutiert.

Aufgrund der Kommunalwahl im Herbst 2020 sind noch Fragen bezüglich der Fristen für die Haushaltseinbringung 2021 zu klären. Bisher war die Haushaltseinbringung immer im September und die Verabschiedung im November. Der Sanierungsplan muss zum 1. Dezember vorliegen.

Auf Anfrage an das Ministerium, ob für das letzte Jahr (2021) im Stärkungspakt eine alternative Regelung geschaffen werden könne, erhielten wir bereits die klare Antwort NEIN. Das Ministerium verwies uns auf die Bezirksregierung und Möglichkeit des Doppelhaushaltes.

Das weitere Vorgehen wird voraussichtlich eine spätere Verabschiedung und Vorlage des Haushalts als bisher sein.

Weitere Nachfragen ergeben sich nicht.

5	Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Gemeinde Marienheide für das Jahr 2018; Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2018	Drucksache Nr. BV/052/19
----------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

RM Wottrich übernimmt als stellv. Bürgermeister die Sitzungsleitung.

RM Stötzel berichtet aus dem Rechnungsprüfungsausschuss und empfiehlt den dort erfolgten einstimmigen Beschluss.

Kleine Nachfragen werden geklärt.

BM Meisenberg nimmt an der Diskussion und Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, eine Enthaltung
<p>1. Jahresabschluss und Lagebericht der Gemeinde Marienheide für das Jahr 2018 werden zum 31.12.2018 mit einer Bilanzsumme von 124.504.990,41 € festgestellt.</p>	

- | | |
|----|--------------------------------------------------------------------------------------|
| 2. | Der Jahresüberschuss in Höhe von 201.251,51 € wird der Ausgleichsrücklage zugeführt. |
| 3. | Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung erteilt. |

6	22. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 "Gewerbegebiet Rodt" gem. § 13a BauGB; Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/050/19
----------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

RM Abstoß hat sich in seiner Fraktion die Frage gestellt, ob ein vorhabenbezogener Bebauungsplan möglich sei.

Herr Müller erläutert kurz die Notwendigkeit der Änderung gem. § 13 a BauGB für diesen Bebauungsplan.

RM Abstoß führt für seine Fraktion aus, dass die UWG-Fraktion darauf bestehe, dass das geplante Vorhaben vom Planer auch wie derzeit geplant, umgesetzt werde.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, eine Enthaltung
Es wird beschlossen für den Bebauungsplan Nr. 36 "Gewerbegebiet Rodt" ein 22. Änderungsverfahren durchzuführen. Die Änderung erfolgt als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13 a BauGB im beschleunigten Verfahren.	

7	2. Satzung zur Einbeziehung von Außenbereichsflächen in die Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteil Dürhölzen gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB, Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/051/19
----------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
Es wird beschlossen – wie im Sachverhalt dargestellt- die 2. Satzung zur Einbeziehung von Außenbereichsflächen in die Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortes Dürhölzen gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB aufzustellen.	

8	Antrag auf Einbeziehung von Außenbereichsflächen in die Satzung Schmitzwipper	Drucksache Nr. BV/055/19
----------	--------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
-------------------	------------------------------------

Es wird beschlossen, wie im Sachverhalt dargestellt, den Antrag auf Einbeziehung von Außenbereichsflächen in die Satzung für den im Zusammenhang bebauten Ortsteil „Schmitzwipper“ gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB oder einen Bebauungsplan aufzustellen nicht stattzugeben.

9	Aufhebung der Satzung über die Veränderungssperre für den Bereich des aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 92 "Ehemaliges Rüstzeitheim" gem. § 17 Abs. 4 BauGB	Drucksache Nr. BV/057/19
----------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, zwei Enthaltungen
-------------------	-------------------------------------------------------

Es wird beschlossen, die Satzung über die Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 92 „Ehemaliges Rüstzeitheim“ gem. § 17 Abs. 4 BauGB aufzuheben.

10	Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlagen, Austausch diverser Leuchtenköpfe Zustimmung zu einer Überplanmäßigen Ausgabe gem. § 83 Abs. 2 GO NRW	Drucksache Nr. BV/074/19
-----------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

RM Kramer findet die Erneuerung verfrüht, da die gesamte Gestaltung des Ortskerns noch nicht abschließend erfolgt sei.

Bürgermeister Meisenberg erwähnt daraufhin, dass alleine durch die Umrüstung auf LED eine enorme Energieeinsparung gegeben sei.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, eine Enthaltung
-------------------	-----------------------------------------------------

Der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 70.827,58 € für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung im 1. Bauabschnitt L 97 sowie für den Austausch diverser Leuchtenköpfe wird gem. § 83 Abs. 2 GO NRW zugestimmt.

11	Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln in der Gemeinde Marienheide im Jahr 2018	Drucksache Nr. IV/066/19
-----------	-------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

12	Aktuelle Information zum WLAN-Ausbau der Grundschulen	Drucksache Nr. IV/076/19
-----------	--------------------------------------------------------------	------------------------------------

Herr Müller erläutert nochmals kurz die Erforderlichkeit des geplanten WLAN-Ausbaus.

Weitere Fragen ergeben sich nicht.

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

13	Digitale Rats- und Ausschussarbeit	Drucksache Nr. BV/054/19
-----------	-------------------------------------------	------------------------------------

Herr Woywod erläutert nochmals kurz den Grund für die beabsichtigte Kündigung der App.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat beschließt die Kündigung der Mandatos App und setzt die digitale Rats- und Ausschussarbeit ab sofort ohne die App fort.	

14	Ausgeführte Ratsbeschlüsse seit der letzten Ratssitzung am 09.04.2019	Drucksache Nr. IV/044/19
-----------	------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

15	Mitteilungen und Verschiedenes	
-----------	---------------------------------------	--

Kommunalwahl 2020

Bürgermeister Meisenberg informiert den Rat darüber, dass in der nächsten Ratssitzung der Wahlausschuss besetzt werden muss.

Beschilderung 30 km-Zone Hauptstraße

RM Zander-Wörner hat eine Beschwerde E-Mail erhalten, in welcher die Anbringung des 30er Schildes moniert wird. Für Fahrzeugfahrer sei das Schild sehr schlecht sichtbar.

Verkehrsberuhigung Bahnhofstraße, Höhe Busbahnhof

RM Zander-Wörner hat eine Beschwerde E-Mail erhalten, in welcher moniert wird, dass Fahrzeuge häufig die Fahrbahnerhöhung umfahren und dann die im Busbahnhof wartenden Personen gefährden.

Seniorenfeier 2019

RM Zander-Wörner teilt mit, dass der Anmeldeflyer fertiggestellt sei und bittet die heute vorliegende Liste zu vervollständigen und ggfs. noch Arbeitsdienste einzutragen.

Aussprache RM Hettich/RM Kramer

RM Hettich ärgert sich über das respektlose Verhalten von RM Kramer ihm gegenüber.

Bei seiner Enthaltung unter TOP 6 habe RM Kramer den Kopf geschüttelt und abwertend reagiert. RM Hettich erläutert, er wäre als Ratsmitglied von seinen Nachbarn angesprochen worden und um Enthaltung bei diesem Thema gebeten worden. Dies habe er umgesetzt und bittet dies zu respektieren.

RM Kramer entschuldigt sich für sein Verhalten beim RM Hettich, welcher die Entschuldigung annimmt.

Stülinghausen/Stichstraße zur Brucherstraße

RM Meckel spricht die Gefährdung für Radfahrer und Fußgänger durch den herausfahrenden Verkehr aus der Einbahnstraße an.

Verwaltungsseitig wird erläutert, dass die Stichstraße keine Einbahnstraße sei und diese erst ab der Querstraße in Richtung Kindergarten Müllenbach beginnt.

Für alle Verkehrsteilnehmer seien Hinweisschilder über „kreuzende Fahrradfahrer“ sichtbar aufgestellt.

RM Zander-Wörner

RM Zander-Wörner verdeutlicht nochmals ihre Haltung zum Thema „Klimawandel“.

Vorsitzender:

Schriftführerin:

gez.
Stefan Meisenberg
Bürgermeister

gez.
Susanne Schorde